



**RAT DER
L'UNION EUROPÉENNE**

**Brüssel, den 19. November 2012 (20.11)
(OR. fr)**

16447/12

**TU 9
PESC 1414
COMAG 123**

BERATUNGSERGEBNISSE

des Rates
vom 16. November 2012
Nr. Vordok.: 14925/12 TU 8
Betr.: Assoziationsrat EU-Tunesien – Erklärung der Europäischen Union

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Erklärung der Europäischen Union vom 16. November 2012 im Hinblick auf die neunte Tagung des Assoziationsrates EU-Tunesien.

**NEUNTE TAGUNG
DES ASSOZIATIONS RATES EU-TUNESIEN
(Brüssel, 19. November 2012)**

Erklärung der Europäischen Union

Ein neuer Rahmen

1. Die Europäische Union (EU) begrüßt nachdrücklich die Abhaltung der neunten Tagung des Assoziationsrates mit Tunesien. Vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen der letzten zweiundzwanzig Monate macht diese Tagung die neue Dynamik deutlich, die die demokratische Revolution vom 14. Januar 2011 in Gang gesetzt hat, und verleiht den seit langer Zeit bestehenden Vertragsbeziehungen neue Impulse.
2. Die Revolution hat in den Beziehungen zwischen Tunesien und der EU neue Perspektiven eröffnet. Die EU ist entschlossen, sich langfristig an der Seite der tunesischen Demokratie zu engagieren. Die Unterstützung des Übergangs in Tunesien stellt für die EU eine historische Gelegenheit dar, im Einklang mit der 2011 beschlossenen Neuorientierung der Nachbarschaftspolitik den Herausforderungen, denen Tunesien gegenübersteht, konkret, effizient und partnerschaftlich zu begegnen. Die EU bekräftigt ihr langfristiges Engagement, mit dem sie dazu beitragen will, die Errungenschaften der Revolution unumkehrbar zu machen und die jedem Übergang zur Demokratie inhärenten Hindernisse zu überwinden.
3. Beide Seiten teilen den Wunsch, ihre Beziehungen auf allen Ebenen – nämlich auf politischer, menschlicher, wirtschaftlicher und sektoraler Ebene – zu vertiefen. In diesem Zusammenhang begrüßt die EU den Abschluss einer politischen Vereinbarung über den neuen Aktionsplan, der die privilegierte Partnerschaft zwischen der EU und Tunesien festigt und der wesentliche Verpflichtungen insbesondere auf politischer Ebene und im Bereich der Menschenrechte enthält und sich über einen Zeitraum von fünf Jahren erstreckt. Dieser gemeinsame Text, dem das Verzeichnis der vorrangigen Aktionen beizufügen ist, wird die EU in die Lage versetzen, die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Gleichstellung der Geschlechter sowie die Entwicklung einer nachhaltigen und inklusiven Wirtschaft, die die Ungleichheiten zwischen den gesellschaftlichen Schichten und den einzelnen Regionen verringert, zu unterstützen, und eine engere Partnerschaft mit dem tunesischen Volk und der Zivilgesellschaft einleiten. Die EU begrüßt in diesem Rahmen die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den tunesischen und europäischen Akteuren der Zivilgesellschaft und wird die Vertiefung dieser Beziehungen weiterhin fördern.

Unumkehrbare Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie, erforderliche neue Etappen

4. In den nächsten Monaten werden zwei Ereignisse, nämlich die Billigung des Verfassungsentwurfs und die im Anschluss daran stattfindenden neuen Wahlen, Zeugnis davon ablegen können, dass die demokratischen Werte nunmehr immer fester verankert sind. Die EU respektiert die souveränen Entscheidungen Tunesiens und unterstützt die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung, die sie mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt. Die EU ist zuversichtlich, dass der Wortlaut der künftigen tunesischen Verfassung die von der tunesischen Gesellschaft im Bemühen um einen Konsens und einen integrativen Ansatz getroffene unumkehrbare Entscheidung für die Demokratie, insbesondere für die Gleichstellung der Geschlechter, die Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, die Unabhängigkeit der Justiz, eine konstruktive internationale Rolle des Landes, die Nichtdiskriminierung und den Vorrang des internationalen Rechts vor der nationalen Gesetzgebung, widerspiegeln wird. Bei den kurz nach der Verabschiedung der Verfassung stattfindenden Wahlen können die tunesischen Bürger ihre Vertreter bestimmen, die das Land regieren und die während des Übergangs getroffenen Entscheidungen umsetzen müssen. Um Kontinuität zu gewährleisten und Nutzen aus den Empfehlungen der Mission vom Oktober 2011 zu ziehen, betont die EU ihre Bereitschaft, bei den nächsten Wahlen erneut eine Wahlbeobachtungsmission zu entsenden.

5. Im Geiste beiderseitiger Verantwortung, auf der die erneuerte Nachbarschaftspolitik beruht, betont die EU, dass sie weitere Fortschritte wünscht. In dieser Hinsicht wird die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zur Aufhebung der letzten Vorbehalte Tunesiens zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau durch die Exekutive einen weiteren Schritt zur Fortführung der Vorreiterrolle darstellen, die Tunesien in der arabischen Welt in dieser Frage stets gespielt hat. Große Bedeutung misst die EU außerdem der Konsolidierung erworbener Rechte im Bereich der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit, der Unabhängigkeit der Medien und des Rechts auf Zugang zu Informationen durch die Annahme und Umsetzung von Gesetzen, die diese Grundrechte garantieren, bei. In diesem Zusammenhang begrüßt die EU die Umsetzung der Grundsätze und Ziele der Verordnungen 115 und 116 über die Unabhängigkeit der Presse und über die Einrichtung einer unabhängigen Medienregulierungsstelle. Die EU ist außerdem zuversichtlich, dass die Entscheidungsträger und die Zivilgesellschaft in Tunesien bestrebt sind, die von der Unabhängigen Obersten Wahlbehörde ("Instance Supérieure Indépendante pour les élections") bisher erzielten Erfolge im Hinblick auf die nächsten Wahlen zu konsolidieren und die Unabhängigkeit der Justiz zu festigen. Die EU fordert die tunesischen Behörden auf, die für die Gewährleistung des Status und der Unabhängigkeit der Richter erforderlichen Texte anzunehmen.

Die im Mai 2012 durchgeführte allgemeine regelmäßige Überprüfung und die Annahme von 110 Empfehlungen stellen das Bestreben Tunesiens, die Menschenrechte zu fördern und zu achten, unter Beweis. Die EU begrüßt dieses Bestreben und regt an, diese Empfehlungen unter Einbeziehung der Behörden, der Institutionen und der Zivilgesellschaft umzusetzen. Im Bemühen, einen Beitrag zu leisten, bekräftigt die EU, dass sie nach wie vor bereit ist, den tunesischen Behörden und der tunesischen Zivilgesellschaft ihre Kooperationsinstrumente und ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen, um die Bemühungen des Landes um Reformen und Demokratisierung zu unterstützen.

Terrorismusbekämpfung und Reform des Sicherheitssektors

6. Die tunesischen Behörden haben erklärt, dass sie bereit sind, sich bei der Reform des Sicherheitssektors sowie bei der Terrorismusbekämpfung von der EU unterstützen zu lassen. In diesem Rahmen wurden in diesem Herbst die ersten Schritte vollzogen, um einen Dialog über eine umfassende Reformstrategie einzuleiten und den rechtlichen und institutionellen Rahmen sowie die demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte zu verstärken, den Schutz der Bürger unter Achtung der Grundsätze der Menschenrechte zu gewährleisten, die Terrorismusbekämpfung unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu fördern und das Justizwesen während der Übergangszeit zu unterstützen.

Wirtschaftslage

7. Die tunesische Wirtschaft hat bisher eine reale jährliche Wachstumsrate von 3,3 % erzielt und somit 2012 ihre Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt. In den 2011 am stärksten betroffenen Sektoren wie dem Tourismus und den ausländischen Direktinvestitionen waren Fortschritte zu verzeichnen. Dennoch gibt die ungünstige globale Wirtschaftslage für 2012 und 2013 Anlass zu einer umsichtigen Verwaltung der öffentlichen Finanzen und der makroökonomischen Gleichgewichte. Im Zusammenhang mit der Schaffung anspruchsvoller Arbeitsplätze und der Steigerung der Beschäftigungsquote insbesondere bei Frauen, der Reform der Subventionsregelungen, einem integrativen Wachstum und der Verbesserung des Investitionsklimas steht Tunesien vor großen Herausforderungen. Diese Elemente bedürfen mittel- und langfristiger Strukturreformen, die sich das hohe Wachstumspotenzial des Landes zunutze machen und ferner darauf abzielen, die internationale Attraktivität Tunesiens für öffentliche und private Investitionen – gegebenenfalls mit Unterstützung der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – weiter zu erhöhen. Die Hilfe für die sozioökonomische Entwicklung des Landes wird weiterhin einen der Schwerpunkte der Zusammenarbeit der EU mit Tunesien bilden.

Vorrangige Bereiche der Zusammenarbeit zwischen Tunesien und der EU

8. In den Schlussfolgerungen der beiden Vorsitzenden der Task Force vom 28. und 29. September 2011 und der gemeinsamen Erklärung der EU und Tunesiens vom 2. Februar 2012 wurde die Bedeutung zahlreicher politischer, menschlicher, wirtschaftlicher und handelspolitischer Bereiche der Zusammenarbeit bekräftigt. Durch Fortschritte in den im Folgenden genannten vorrangigen Bereichen werden sich die privilegierte Partnerschaft und die europäische Unterstützung für die Bewältigung der Probleme des Übergangs konkretisieren.

9. Handelspolitisch möchte die EU nach Abschluss der im März 2012 in Tunis begonnenen Vorbereitungen rasch die Verhandlungen über den Abschluss eines umfassenden und weitreichenden Freihandelsabkommens aufnehmen. Mit diesem umfassenden Abkommen, das ausgehend von gemeinsamen Interessen ein breites Spektrum von Regelungsbereichen abdecken wird, bietet die EU die Perspektive einer weitergehenden und fortschreitenden Integration der tunesischen Wirtschaft in den europäischen Binnenmarkt, und zwar nicht nur durch die Verbesserung des Marktzugangs und des Investitionsklimas, sondern auch durch die Förderung von Reformen im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung auf der Grundlage einer allmählichen Annäherung an den gemeinschaftlichen Besitzstand.

10. Die EU begrüßt des Weiteren die Fortschritte Tunesiens bei den vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Aushandlung eines Abkommens über die Konformitätsbewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte und fordert Tunesien auf, die Vorbereitungen für die Angleichung seiner technischen Vorschriften an die Gemeinschaftsregelung zum Abschluss zu bringen. Durch den Abschluss dieses Abkommens wird eine beiderseitige Öffnung der Märkte ermöglicht, die sich auf die von Tunesien gewählten vorrangigen Wirtschaftsbereiche nur positiv auswirken kann.

11. Auf regionaler Ebene befürwortet die EU wie schon in der Vergangenheit nachdrücklich das Abkommen von Agadir. Die EU legt Tunesien nahe, die Möglichkeiten dieses Abkommens voll auszuschöpfen und das Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln zu ratifizieren. Durch eine rasche Ratifizierung dieses Übereinkommens könnte Tunesien nämlich vom ersten Tag an in vollem Umfang von der Änderung der Ursprungsregeln, worüber gegenwärtig auf regionaler Ebene verhandelt wird, profitieren.

12. Außerdem würden der Abschluss der Verhandlungen über den Handel mit Agrarprodukten, verarbeiteten Agrarprodukten und Fischereierzeugnissen und der Abschluss eines Luftverkehrsabkommens im Hinblick auf die Schaffung eines gemeinsamen Luftverkehrsraums wesentlichen Wirtschaftssektoren wie den Agrarexporten und dem Tourismus kurz- und mittelfristig konkrete Vorteile bringen sowie ein deutliches Signal für Investoren aussenden und somit zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

13. Die EU bekräftigt, dass sie daran interessiert ist, den am 6. Oktober 2011 aufgenommenen Dialog mit Tunesien über Migration, Mobilität und Sicherheit fortzusetzen und anhand der Ergebnisse dieses Dialogs eine Mobilitätspartnerschaft zu schließen. Diese Partnerschaft soll der EU, ihren Mitgliedstaaten und Tunesien ermöglichen, ihre Zusammenarbeit in allen Fragen im Zusammenhang mit der Steuerung der Migration, einschließlich der illegalen Migration und der Mobilität von Personen, auszubauen. In diesem Rahmen hat die EU Tunesien am 11. Mai 2012 ihre Vorschläge für den Entwurf einer Erklärung über die Mobilitätspartnerschaft übermittelt.

Die EU ist außerdem von der Notwendigkeit überzeugt, den zwischenmenschlichen Austausch zwischen beiden Partnern zu vertiefen, unter anderem durch Maßnahmen für eine stärkere Beteiligung von Studenten, Wissenschaftlern und Forschern an den europäischen Mobilitäts- und Partnerschaftsprogrammen für die Hochschulen wie Erasmus Mundus und Tempus und den künftigen einschlägigen Programmen.

14. Nach der Revolution hat die Kommission insbesondere eingedenk der Bedürfnisse und der von Tunesien beim Prozess des Übergangs und der Demokratisierung erzielten Fortschritte die bilaterale Finanzhilfe für Tunesien in Form von Zuschüssen für den Zeitraum 2011-2013 von 240 Mio. EUR auf fast 400 Mio. EUR, also um 60 %, aufgestockt. Damit werden unter anderem die Abhaltung der Wahlen, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Beschäftigung, die Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors, die benachteiligten Regionen im Landesinnern, die Justizreform und die Zivilgesellschaft unterstützt. Sämtliche dieser für 2011-2013 vorgesehenen zusätzlichen Mittel werden bis Ende des Jahres gebunden sein. In den weiteren Programmen ist vorgesehen, Tunesien entsprechend seinen Fortschritten bei der Durchführung demokratischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen vorrangig im Übergangsprozess zu unterstützen.

Regionaler Kontext

15. Die EU vertritt die Auffassung, dass die regionale Integration im Maghreb wesentlich für das Wirtschaftswachstum, den sozialen Zusammenhalt sowie für die regionale Stabilität und Sicherheit ist. Die EU spricht Tunesien ihre Anerkennung für die aktive Rolle des Landes bei der Förderung dieser regionalen Integration des Maghreb aus und begrüßt die neuen Perspektiven, die sich in der Region eröffnet haben. Die EU respektiert die Entscheidungen der fünf Partnerländer des Maghreb und ist bereit, die Initiativen für eine Zusammenarbeit in der Region – auch durch die Union des arabischen Maghreb und den 5+5-Dialog – zu unterstützen.
16. Die EU bekräftigt, dass sie den Übergang in Libyen im Hinblick auf die Verwirklichung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit im Land uneingeschränkt unterstützt. Tunesien war schon immer ein entscheidender Partner Libyens, und ein erfolgreicher Übergang in diesem Land wird sich in erheblichem Maße auch auf Tunesien und die Stabilität in der Region auswirken. In diesem Zusammenhang misst die EU einem intensiven Dialog und einer umfangreichen Zusammenarbeit mit Libyen und Tunesien große Bedeutung bei.
17. Die EU setzt sich weiterhin uneingeschränkt dafür ein, die gemeinsamen regionalen Herausforderungen anzugehen und so der Union für den Mittelmeerraum in enger Synergie mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik neuen Schwung zu verleihen, um insbesondere die vom Generalsekretariat der Union für den Mittelmeerraum entwickelten Projekte zu unterstützen. Die EU begrüßt die Rolle Tunesiens innerhalb der Union für den Mittelmeerraum.
18. Die EU ist nach wie vor besorgt über die schwere politische und sicherheitspolitische Krise, von der Mali betroffen ist, insbesondere über die Lage im Norden des Landes, die gekennzeichnet ist durch die Errichtung und Konsolidierung eines Zufluchtsraums für terroristische Gruppen, durch die Unterdrückung der Bevölkerung, durch Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber Frauen, und durch die Zerstörung des kulturellen Erbes sowie durch die Entwicklung der organisierten Kriminalität. Diese Lage stellt eine unmittelbare Bedrohung für die Sahelzone und ihre bereits unter einer schweren Lebensmittelkrise leidende Bevölkerung sowie für West- und Nordafrika und auch für Europa dar. Die EU ist entschlossen, in enger Absprache mit ihren afrikanischen Partnern und innerhalb eines vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorgegebenen Rahmens rasch auf diese Herausforderungen zu reagieren.